

Gericht

Verwaltungsgerichtshof

Entscheidungsdatum

27.03.2026

Geschäftszahl

Ra 2023/17/0003

Hinweis auf Stammrechtssatz

GRS wie Ra 2019/21/0367 E 27. April 2020 RS 2 (hier ohne den dritten Satz)

Zusatz: Erst auf dieser Grundlage kann die daraus ableitbare Gefährlichkeit und Größe des deshalb bestehenden öffentlichen Interesses an einer Aufenthaltsbeendigung beurteilt werden.

Stammrechtssatz

Bei der Erstellung von Gefährdungsprognosen ist das Gesamtverhalten des Fremden in Betracht zu ziehen und auf Grund konkreter Feststellungen eine Beurteilung dahin vorzunehmen, ob und im Hinblick auf welche Umstände die jeweils anzuwendende Gefährdungsannahme gerechtfertigt ist. Dabei ist nicht auf die bloße Tatsache der Verurteilung bzw. Bestrafung des Fremden, sondern auf die Art und Schwere der zu Grunde liegenden Straftaten und auf das sich daraus ergebende Persönlichkeitsbild abzustellen. Bei der nach § 67 Abs. 1 FrPolG 2005 zu erstellenden Gefährdungsprognose geht schon aus dessen Gesetzeswortlaut klar hervor, dass auf das "persönliche Verhalten" des Fremden abzustellen ist und strafrechtliche Verurteilungen allein nicht ohne Weiteres die erforderliche Gefährdungsprognose begründen können (vgl. VwGH 12.11.2019, Ra 2019/21/0305).

European Case Law Identifier

ECLI:AT:VWGH:2026:RA2023170003.L03